

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1976

Ausgegeben am 24. Juni 1976

81. Stück

- 278.** Kundmachung: Geltungsbereich des Abkommens über den Straßenverkehr
- 279.** Kundmachung: Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen samt Fakultativprotokoll über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten
- 280.** Kundmachung: Geltungsbereich des Vertrages über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund
- 281.** Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau
- 282.** Notenwechsel zur Änderung des Artikels 1 der Übereinkunft zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Gründung und Tätigkeit österreichischer Informationsinstitutionen in Jugoslawien

278. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 31. Mai 1976 betreffend den Geltungsbereich des Abkommens über den Straßenverkehr vom 19. September 1949

Vom Generalsekretär der Vereinten Nationen sind folgende Mitteilungen betreffend den Geltungsbereich des Abkommens über den Straßenverkehr (BGBl. Nr. 222/1955, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 333/1972) eingelangt:

Lesotho hat am 27. September 1973 seine Beitrittsurkunde zum genannten Abkommen hinterlegt.

Fidschi und Singapur haben am 31. Oktober bzw. 29. November 1972 erklärt, sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit an das Abkommen gebunden zu erachten.

Fidschi hat die anlässlich der Ausdehnung des Geltungsbereiches des Abkommens auf sein Gebiet durch das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland erklärten Vorbehalte (BGBl. Nr. 289/1970 und 24/1958) aufrecht-erhalten.

Singapur hat den anlässlich der Ausdehnung des Geltungsbereiches des Abkommens auf sein Gebiet durch das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland erklärten Vorbehalt (BGBl. Nr. 193/1959) zurückgezogen.

Von Dänemark ist am 17. Februar 1976 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen folgende Mitteilung eingetroffen:

„Die Färöer-Inseln haben als Unterscheidungszeichen für die in ihrem Gebiet auszustellenden Führerscheine und Zulassungsscheine die Buchstabengruppe ‚FR‘ gewählt.

Bisher haben die Färöer-Inseln, die in bezug auf die Zulassung von Kraftfahrzeugen (Motorfahrzeugen) autonom sind, die Buchstabengruppe ‚DK‘ verwendet; diese ist gemäß Z. 3 des Anhanges 4 des Abkommens das Unterscheidungszeichen Dänemarks.“

Kreisky

279. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 31. Mai 1976 betreffend den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen samt Fakultativprotokoll über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten, beide vom 24. April 1963

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen (BGBl. Nr. 318/1969, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 312/1974) ratifiziert oder sind ihm beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde:
Tonga	7. Jänner 1972
Schweden	19. März 1974
Rwanda	31. Mai 1974
Oman	31. Mai 1974
Kanada	18. Juli 1974
Neuseeland	10. September 1974
Libanon	20. März 1975
Iran	5. Juni 1975
Kuwait	31. Juli 1975

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde:
Griechenland	14. Oktober 1975
Nicaragua	31. Oktober 1975
Jamaika	9. Februar 1976
Türkei	19. Februar 1976
Zypern	14. April 1976

Papua Neuguinea hat am 4. Dezember 1975 erklärt, sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit an das Übereinkommen gebunden zu erachten.

Die Ratifikationsurkunde Schwedens enthält folgenden Vorbehalt:

„Zu Artikel 35 Absatz 1 und Artikel 58 Absatz 1:

Schweden gewährt weder den konsularischen Vertretungen, die von Honorarkonsuln geleitet werden, das Recht, sich diplomatischer oder konsularischer Kurier und diplomatischer oder konsularischer Dienstpostsendungen zu bedienen, noch gewährt es den Regierungen, diplomatischen Missionen und anderen konsularischen Vertretungen das Recht, sich dieser Mittel im Verkehr mit den von Honorarkonsuln geleiteten konsularischen Vertretungen zu bedienen, es sei denn, Schweden hätte hiezu in Sonderfällen seine Zustimmung erteilt.“

Folgende weitere Staaten haben das Fakultativprotokoll über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten (BGBl. Nr. 318/1969, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 312/1974) ratifiziert oder sind ihm beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde:
Schweden	19. März 1974
Oman	31. Mai 1974
Neuseeland	10. September 1974
Iran	5. Juni 1975
Pakistan	29. März 1974

Kreisky

280. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 31. Mai 1976 betreffend den Geltungsbereich des Vertrages über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund vom 11. Februar 1971

Nach Mitteilungen der Depositarregierungen haben folgende weitere Staaten den Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund, BGBl. Nr. 370/1972, ratifiziert oder sind ihm beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden:
Irak	13. September 1972
Türkei	19. Oktober 1972
Sambia	1. November 1972
Botswana	10. November 1972
Belgien	20. November 1972
Australien	23. Jänner 1973
Nicaragua	7. Februar 1973
Lesotho	3. April 1973
Indien	20. Juli 1973
Jugoslawien	25. Oktober 1973
Südafrika	14. November 1973
Panama	20. März 1974
Italien	3. September 1974
Katar	12. November 1974
Rwanda	20. Mai 1975
Portugal	24. Juni 1975
Bundesrepublik Deutschland	18. November 1975
Niederlande (einschließlich Niederländische Antillen)	14. Jänner 1976

Kreisky

281. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 8. Juni 1976 betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau vom 31. März 1953

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sind folgende weitere Staaten dem Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau (BGBl. Nr. 256/1969, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 85/1974) beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Spanien	14. Jänner 1974
Mali	16. Juli 1974
Lesotho	4. November 1974
Australien	10. Dezember 1974
Tansania	19. Juni 1975
Peru	1. Juli 1975
Vereinigte Staaten von Amerika	8. April 1976
Mauretania	4. Mai 1976

Anlässlich der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunden haben die angeführten Staaten folgende Vorbehalte erklärt:

Spanien:

Die Artikel I und III des Übereinkommens werden so ausgelegt werden, daß sie jene Bestimmungen der gegenwärtigen spanischen Gesetzgebung, die die Stellung des Familienoberhauptes festlegen, nicht beeinträchtigen.

Die Artikel II und III werden so ausgelegt werden, daß sie die in der spanischen Verfassung enthaltenen Normen in bezug auf das Amt des Staatsoberhauptes nicht beeinträchtigen.

Artikel III wird so ausgelegt werden, daß er die Tatsache nicht beeinträchtigt, daß gemäß der spanischen Gesetzgebung gewisse Funktionen, die ihrer Natur nach nur durch Männer oder nur durch Frauen zufriedenstellend ausgeübt werden können, je nach Lage des Falles nur von Männern oder nur von Frauen ausgeübt werden.

Lesotho:

Artikel III wird, sofern er durch Gesetzes- und Gewohnheitsrecht von Basuto geregelte Angelegenheiten betrifft, bis zur Notifikation der Zurückziehung in jedem Einzelfall unter Vorbehalt angenommen.

Australien:

Die Regierung Australiens erklärt hiermit, daß der Beitritt Australiens unter dem Vorbehalt erfolgt, daß Artikel III des Übereinkommens nicht auf die Rekrutierung für die Streitkräfte und auf die Bedingungen der Dienstleistungen in diesen angewendet wird.

Ferner erklärt die Regierung Australiens, daß das Übereinkommen nicht auf Papua Neuguinea angewendet wird.

In einer am 15. Oktober 1974 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen eingelangten Mitteilung hat das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland die Zurückziehung jener, anlässlich seines Beitrittes zum Übereinkommen erklärten Vorbehalte, die die Beschäftigung verheirateter Frauen im diplomatischen Dienst Ihrer Majestät und im öffentlichen Dienst von Nordirland, Antigua, Hongkong und St. Lucia sowie die Entlohnung von Frauen im öffentlichen Dienst der Seychellen betreffen (kundgemacht im BGBl. Nr. 257/1969, Abs. 1 lit. f und g), notifiziert.

Kreisky

282. Notenwechsel vom 13. und 20. April 1976 zur Änderung des Artikels 1 der Übereinkunft zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Gründung und Tätigkeit österreichischer Informationsinstitutionen in Jugoslawien vom 30. Juni 1961 *)

(Übersetzung)

Br. 1977-A/76

Austrijska Ambasada u Beogradu izražava svoje osobito poštovanje Saveznom sekretarijatu za inostrane poslove Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije i u vezi austrijsko-jugoslovenskih razgovora vođenih u vezi uspostavljanja jugoslovenskog Informativnog centra u Beču ima čast po nalogu austrijske Savezne vlade predložiti sledeće Vladi Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije:

Član 1 » Sporazuma između Savezne vlade Republike Austrije i Vlade Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o osnivanju i delatnosti austrijskih informativnih institucija u Jugoslaviji « od 30. juna 1961. g. bi se izmenio u toliko, što bi se naziv » Austrijska čitaonica Zagreb « promenio u » Austrijski kulturni institut Zagreb «.

Zl. 1977-A/76

Die Österreichische Botschaft in Belgrad entbietet dem Bundessekretariat für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien den Ausdruck ihrer vorzüglichen Hochachtung und beehrt sich, unter Bezugnahme auf österreichisch-jugoslawische Besprechungen, die im Zusammenhang mit der Errichtung eines jugoslawischen Informationszentrums in Wien geführt wurden, im Auftrag der Österreichischen Bundesregierung der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien folgendes vorzuschlagen:

Der Artikel 1 der „Übereinkunft zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Gründung und Tätigkeit österreichischer Informationsinstitutionen in Jugoslawien“ vom 30. Juni 1961 wird dahingehend abgeändert, daß an die Stelle der bisherigen Bezeichnung „Österreichische Lesehalle Zagreb“ nunmehr die Bezeichnung „Österreichisches Kulturinstitut Zagreb“ tritt.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 194/1962

Ukoliko je Vlada Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije saglasna sa gornjim predlogom, predmetna nota Austrijske Ambasade i pozitivni odgovor Saveznog sekretarijata za inostrane poslove Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije smatraće se Sporazumom između obeju vlada o promeni člana 1 » Sporazuma između Savezne vlade Republike Austrije i Vlade Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o osnivanju i delatnosti austrijskih informativnih institucija u Jugoslaviji « od 30. juna 1961. godine koji će stupiti na snagu 60 dana po dobijanju note sa jugoslovenskim odgovorom.

Austrijska Ambasada koristi i ovu priliku da Saveznom sekretarijatu za inostrane poslove ponovi izraze svog odličnog poštovanja.

L.S. Beograd, 13. aprila 1976. godine

Saveznom sekretarijatu
za inostrane poslove Socijalističke
Federativne Republike Jugoslavije
Beograd

Br. 420905/76

Savezni sekretarijat za inostrane poslove Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije izražava svoje poštovanje Austrijskoj ambasadi i ima čast da potvrdi prijem njene Note br. 1977-A/76 od 13. aprila 1976. godine, koja glasi:

» Austrijska Ambasada u Beogradu izražava svoje osobito poštovanje Saveznom sekretarijatu za inostrane poslove Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije i, u vezi austrijsko-jugoslovenskih razgovora vodjenih u vezi uspostavljanja jugoslovenskog Informativnog centra u Beču, ima čast po nalogu austrijske Savezne vlade predložiti sledeće Vladi Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije:

Član 1 » Sporazuma između Savezne vlade Republike Austrije i Vlade Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o osnivanju i delatnosti austrijskih informativnih institucija u Jugoslaviji «

Falls die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien mit dem obigen Vorschlag einverstanden ist, werden die vorliegende Note der Österreichischen Botschaft und die zustimmende Antwort des Bundessekretariates für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien als Übereinkommen zwischen den beiden Regierungen zur Änderung des Artikels 1 der „Übereinkunft zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Gründung und Tätigkeit österreichischer Informationsinstitutionen in Jugoslawien“ vom 30. Juni 1961 angesehen werden, welches 60 Tage nach dem Einlangen der jugoslawischen Antwortnote in Kraft treten wird.

Die Botschaft benützt die Gelegenheit, dem Bundessekretariat für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

L.S. Belgrad, 13. April 1976

Bundessekretariat für
Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen
Föderativen Republik Jugoslawiens
Belgrad

Zl. 420905/76

Das Bundessekretariat für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien entbietet der Österreichischen Botschaft den Ausdruck seiner vorzüglichen Hochachtung und beehrt sich, den Empfang ihrer Note Zl. 1977-A/76 vom 13. April 1976 zu bestätigen, welche folgenden Wortlaut hat:

„Die Österreichische Botschaft in Belgrad entbietet dem Bundessekretariat für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien den Ausdruck ihrer vorzüglichen Hochachtung und beehrt sich, unter Bezugnahme auf österreichisch-jugoslawische Besprechungen, die im Zusammenhang mit der Errichtung eines jugoslawischen Informationszentrums in Wien geführt wurden, im Auftrag der Österreichischen Bundesregierung der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien folgendes vorzuschlagen:

Der Artikel 1 der „Übereinkunft zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Gründung und Tätigkeit öster-

od 30. juna 1961. g. bi se izmenio u toliko, što bi se naziv » Austrijska čitaonica Zagreb « promenio u » Austrijski kulturni institut Zagreb «.

Ukoliko je Vlada Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije saglasna sa gornjim predlogom, predmetna nota Austrijske Ambasade i pozitivni odgovor Saveznog sekretarijata za inostrane poslove Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije smatraće se Sporazumom između obeju vlada o promeni člana 1 » Sporazuma između Savezne vlade Republike Austrije i Vlade Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o osnivanju i delatnosti austrijskih informativnih institucija u Jugoslaviji « od 30. juna 1961. godine koji će stupiti na snagu 60 dana po dobijanju note sa jugoslovenskim odgovorom. «

Savezni sekretarijat za inostrane poslove je ovlašćen da saopšti da je jugoslavenska vlada u svemu saglasna sa napred iznetim i koristi i ovu priliku da Austrijskoj Ambasadi ponovi izraze svoga dubokog poštovanja.

L.S.

Beograd, 20. aprila 1976.

AUSTRIJSKA AMBASADA
Beograd

reichischer Informationsinstitutionen in Jugoslawien“ vom 30. Juni 1961 wird dahingehend abgeändert, daß an die Stelle der bisherigen Bezeichnung „Österreichische Lesehalle Zagreb“ nunmehr die Bezeichnung „Österreichisches Kulturinstitut Zagreb“ tritt.

Falls die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien mit dem obigen Vorschlag einverstanden ist, werden die vorliegende Note der Österreichischen Botschaft und die zustimmende Antwort des Bundessekretariates für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien als Übereinkommen zwischen den beiden Regierungen zur Änderung des Artikels 1 der „Übereinkunft zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Gründung und Tätigkeit österreichischer Informationsinstitutionen in Jugoslawien“ vom 30. Juni 1961 angesehen werden, welches 60 Tage nach dem Einlangen der jugoslawischen Antwortnote in Kraft treten wird.“

Das Bundessekretariat für Auswärtige Angelegenheiten ist ermächtigt mitzuteilen, daß die jugoslawische Regierung mit dem oben dargelegten Vorschlag einverstanden ist, und benützt auch diese Gelegenheit, der Österreichischen Botschaft den Ausdruck seiner vorzüglichen Hochachtung zu erneuern.

L.S.

Belgrad, 20. April 1976

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT
Belgrad

Das vorstehende Übereinkommen tritt gemäß dem dritten Absatz der Eröffnungsnote am 28. Juni 1976 in Kraft.

Kreisky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 2000 Seiten S 430,70, inklusive 8% Umsatzsteuer, für Inlands- und S 520,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 65 g inklusive 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 2,15 inklusive 8% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51—58/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51—58/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51—58/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.